

Weltliche



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigentarife, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Oberredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (in. Ausw.): Carl Misch, Berlin, Ullstein, Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Veransch. Zentrale Ullstein: Amt Dönhof (A. 7) 3669-3665, für den Paravorkehr Amt Dönhof 3668-3668, Teleqramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postfachkonto Berlin 6900.

Gegen Dreiteilung der Konferenz

Deutsche Demarche in Paris und London

Die deutschen Botschafter in Paris und London haben gestern am Quai d'Orsay und im Foreign Office im Auftrag der Weltfriedlichkeitskommission, das Thema der Unterbrechung mit Wien und Genèbe vor die politische Konferenz, über deren Termin und Lokalisation zwischen der englischen und der französischen Regierung noch immer Meinungsverschiedenheiten bestehen, zu stellen. In diesen Fällen stellt sich die deutsche Regierung nicht ein, über die beiden Botschafter den Auftrag, die Verhandlungen über die beschlossene Dreiteilung der Konferenz möglichst rasch zu beenden, um den entscheidenden Widerspruch der Reichsregierung gegen eine "Beratung in Fragestellungen" vorzubringen. Nach dem Pariser „Matin“ soll Wien die Zustimmung gegeben haben, daß Frankreich nicht daran denke, die Verhandlungen zu verzögern oder in die Länge zu ziehen.

Der Bericht von der Dreiteilung der Konferenz ist am Ende der vergangenen Woche gleichzeitig in London und in Paris aufgetaucht. Er scheint weder in England noch in Frankreich von den Regierungen auszugehen zu sein, ist aber in beiden Souveränen von sehr einflussreichen Persönlichkeiten propagiert worden; es dürfte mit der Möglichkeit gemeint werden, daß es mit Unterstützung der öffentlichen Meinung der Kabinette auszugehen könnte. Der Bericht hat dahin, daß aus Rücksicht im Zusammenhang eine letzte diplomatische Konferenz abgehalten werden soll, um Vereinbarungen über die Grundzüge der englischen Reparationsregelung zu treffen. Dann sollen die Organisations-Komitees arbeiten und im Spätherbst würde die politische Konferenz erneut aufzutreten, um das Schlußprotokoll zu unterzeichnen. Ins Deutsche übertrug sich das heißen: auf der ersten Konferenz soll der Young-Plan angenommen werden und erst nach der Festlegung aller Einzelheiten sollen im Herbst die politischen Fragen zur Erörterung gestellt werden.

Dies Verfahren würde im diametralen Gegensatz zu dem bekannten Beschluß der deutschen Regierung, die den Young-Plan als Verhandlungsgrundlage für die politische Konferenz angenommen hat, auf der im Zusammenhang mit der englischen Reparationsregelung die Gesamtliquidation der aus dem Vertrag entstandenen politischen Probleme erfolgen soll. Es ist unbestritten, daß das Reichskabinett die neuen Reparationsverpflichtungen nur Annahme vorzieht, die auf dem Young-Plan aufbaut und den Reichstag darauf verweist, daß nachher, im Herbst, über Wienland und Genèbe verhandelt werden wird. Die Regierung die eine solche Zustimmung hätte, würde vom Reichstag hinweggefegt werden. Der deutsche Einspruch wird wohl genügen, um diesen unmöglichen Gedanken einer Dreiteilung der Konferenz im Reime zu erledigen.

Stofflich können nicht neue Unterbrechungen. Die politische Konferenz, die in ihrer Tagesordnung der Schwierigkeiten genug hat, wird durch den Streit um Fragen ihrer Ordnung, wie Ort und Zeit, schon mehr verzögert, als ratam ist. Das französische Kabinett, das sich durch Wienland in Madrid für einen möglichst frühen Konferenzbeginn einsetzte, ist schon am 5. Juli bezeugen lassen wollte, schließlich jede eine Verschiebung bis in Mitte August zu favor. Es hat es nicht mehr eilig, weil Poincaré jetzt, nach dem die letzten Schritte gemacht sind, bis er sich über die Angelegenheiten des Reichstages in Wienland und Genèbe abstimmen wird mit den Vereinigten Staaten und England durch Defekt wird in Kraft sein können, und weil dem englischen Premierminister durch die Terminveränderung das wichtigste Argument für die Wahl Londons als Konferenzort ausnahmsweise gemacht wird: das englische Unterhaus wird Mitte August nicht mehr tagen. Aber Poincaré spricht öffentlich weder von dem Schlußkabinett noch von einem letzten Ratemachen, sondern von der Notwendigkeit, den Organisations-Komitees Zeit für ihre Arbeiten zu lassen. Dieser Einspruch ist nicht unbedeutend.

In dem Bericht der Sonderbündigen sind zwei Organisations-Komitees vorgeschlagen. Das eine für die Reparations-Konferenz, das andere für die Anpassung der nach dem Dawes-Plan erfolglichen deutschen Besätze an das neue Reparations-Abkommen. Das erste Komitee, das von den Londonern bei stehen an der Berliner Konferenz beteiligen soll, wird die Ratemachen werden und unter dem Vorsitz der Reparations-Konferenz Paris zu arbeiten soll, bei den entscheidenden Maßnahmen zu treffen, um das Vertragsprotokoll in Wirksamkeit zu setzen. Es soll den Entwurf des Bankrotts ausarbeiten und bis zur Beendigung des Bankrotts die materielle Organ-

isation der Banken betreiben. (In dieses Organisations-Komitee werden von deutscher Seite Reichsbankpräsident Dr. G. S. und noch ein zweiter Sachmann delegiert werden). Das zweite Komitee soll in drei Unterabteilungen geteilt werden, die aus je zwei von der Reparationskommission ernannten Gliedern bestehen und je zwei von der deutschen Regierung ernannten Mitgliedern besetzt. (Von deutscher Seite werden höhere Beamte aus den in Betracht kommenden Ministerien delegiert werden.) Diese Unterabteilungen sollen auf Grund der Sonderbündigen Vor schläge über die Herabsetzung von Zöllen und bestimmten Verbrauchssteuern (als Rekonstruktions für die Schuldenfreiheiten im Falle der Stabilisierung der Finanzsituation) einen Plan ausarbeiten, das Reichsbankgesetz den neuen Bedingungen anpassen und schließlich das Reichsbankgesetz in Einklang bringen mit dem neuen Reparations-Abkommen.

Die Thronrede der Arbeiterpartei

Macdonalds offizielles Programm

London, 2. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Die von Lord Curzon Briefe seit Wochen als „grundrissliches und programmatisches Dokument“ angekündigte erste Thronrede der neuen Arbeiterregierung ist nicht länger und unklar, als die ähnliche Schriftstücke des Kabinetts Baldwin. Der außenpolitische Teil, der ambedeutendsten gehalten ist, als in freieren der Arbeiterschaft vorzugs in Aussicht gestellt worden, hat folgenden Wortlaut:

„Die Regierung erachtet jetzt den einschlägigen Bericht, den unabhängige Finanzkommissionen über die Reparations-Frage erstattet haben, als Vorbereitung für eine Konferenz von Regierungsvertretern über dieselbe Frage. Eine Konferenz der Reparationsfrage wird es den Wünschen, die das Reichland befehlt halten, ermöglichen, die Ausarbeitung dieses Gebiets in Angriff zu nehmen. Die Regierung erachtet eine baldige und allgemeine Einverständnis der Bedingungen in der ganzen Welt als Ergebnis der Verhandlungen. Ich, Lord Curzon, hoffe, daß die Vereinigten Staaten über die Friedensfrage eingeleitet werden sind. Die Regierung ist mit den Dominien und der indischen Regierung in Beratungen eingetreten über die unabhangige Selbstbestimmung der indischen Volkervereinigungen. Die Regierung prüft die Bedingungen, unter denen die Beziehungen mit der russischen Sowjetregierung wieder aufgenommen werden können.“

Das sind sicherlich nicht Aussagen, die „im Zusammenhang“ erachtet werden können; vielmehr sind das Sätze der Reparationskonferenz, das eine Neufassung darstellt, wird Zeit und gründliches Durcharbeiten der Details erforderlich. Da die Mitglieder der Organisationskomitees von den beteiligten Regierungen noch nicht ernannt sind, wird es kaum möglich sein, die Kommissionen vor Mitte Juli zusammenzubringen. Wenn die politische Konferenz nicht in die Verlegenheit kommen soll, immer wieder Fortsetzung einzuladen, weil sie auf die Verzögerung der Organisationskomitees warten muß, ist es gewiß ratsam, den Kommissionen einen zeitlichen Vorstoß zu lassen, der auf drei bis vier Wochen bemessen werden kann.

Einer Verschiebung der Konferenz bis Mitte August wird man aus diesem Grunde nicht widerstreben können, aber die Konferenz muß dann ganze Arbeit machen und in einer Tagung mit den finanziellen Verhandlungen über die englische Reparationsregelung auch die politischen Probleme liquidieren. M. R.

Boensgen über den Youngplan

Essen, 2. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Reiches, deutscher Eisen- und Stahlindustrie, hat am 1. Juli über seine Hauptversammlung ab, die mit der Feier des 50-jährigen Bestehens verbunden war. Generaldirektor Ernst Boensgen gab in einer Begrüßungsansprache einen Rückblick über die Entwicklung des Verbandes.

Für die Entfernung zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft hat er nur die Erklärung, daß die laufende Zusammenarbeit in rationalen Arbeiterkreisen seinen Vortrang gefunden habe. Die Arbeitgemeinschaft ist infolge dessen auf dem Niveau einer Selbstverwaltungselbständig geworden, der ausschließlich nur dem Zweck der gegenseitigen Unterstützung durch Gewerkschaften und Schlichtung nicht mehr zuträglich kann.

In dem Pariser Scherzbündigen unter dem Vorsitz Boensgen, die deutsche Arbeiterschaft ist nicht in der Lage, die darin vorgeschlagenen Forderungen zu tragen. Voraussetzung für den Versuch der Erfüllung ist die Beteiligung aller alten Gewerkschaften und Arbeiter und Kapital. Die erzwungene Gemeinschaftlichkeit ist jedoch nicht im Sinne einer sozialistischen Arbeiterschaft zu verstehen, wo der Unternehmern zum Funktionär der Allgemeinheit herabgewürdigt wird. Es geht keine Trennung und kein System, durch die die schärfste Eingepreislösung des Unternehmens erfolgt werden können.

Einferschwendung der Hitlerpartei?

Dresden, 2. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Wie wir erfahren, haben die höchsten Nationalsozialisten im Auftrage ihrer Reichsleitung bei der sozialdemokratischen als kommunistischen Parteien des höchsten Landeskongresses, unter welchen Bedingungen beide Parteien beizutreten, eine Regierung zu bilden, die gewisse Wünsche der nationalsozialistischen Partei erfüllen und demgemäß die Unterdrückung der Nationalsozialisten erhalten würde.

Ministerialdirektor Dr. Winter Schulze, der mandant der „angenehme König von Sachsen“ genannt wurde, ist heute nach Dresden. Als Leiter der Staatskanzlei und des Ministeriums des Auswärtigen, sowie als Ministerialdirektor der Reichsregierung im Ministerium des Innern, hat er hart feiner Energie und Kenntnisse eines außerordentlich weitreichenden Einflusses ausgeübt und sämtliche Ministerpräsidenten in Sachsen, welche Partei sie auch angehören, in der Hand gehabt. Der Feind hat einmal meine Tage verurteilt, sich seiner zu entziehen, aber ohne Erfolg. Politisch gehörte er dem rechten Flügel der Deutschen Hitlerpartei an. Ganz bestimmt sind seine Verbindungen, Sachsen mit Thüringen zu vereinigen. Sein früherer Job er hat die Hilfe von 61 Jahren erreicht - gerade in dem Augenblicke, wo ein Reichspräsident in Sachsen angenommen wird, bedeutet eine außerordentliche Verschwendung für die glatte Abwicklung der Geschäfte.